

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien und Soziales am Mittwoch,
12.04.2023, 17:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ausschussvorsitzende:	Gesche Wittkowski
stellv. Ausschussvorsitzender:	Jan-Niclas Hollwege
Ausschussmitglieder:	Klaus Ahlers Anja Ender Dominik Helms Johannes Klawon Timmy Kruse
stellv. Ausschussmitglieder:	Dr. Christoph Meßner Dr. Susanne Engstler Anke Kück Regina Mattern-Karth
hinzugewählte Ausschussmitglieder:	Bernd Piper Ulrike Strehlke-Zobel
Ratsmitglieder:	Sigrid Busch Karl-Heinz Funke
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Heiko Eilers Dirk Heise Michael Tietz Diana Zimmering Christian Klimkeit Elena Liebenthal Yvonne Westerhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien und Soziales vom 21.11.2022
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge an den Rat der Stadt
- 5.1 Einrichtung einer Kindergartengruppe zum 01.08.2023 in der Kita Langendamm, Herrenkampsweg 22 a, 26316 Varel als Übergangslösung
Vorlage: 086/2023

- 6 Stellungnahmen für den Bürgermeister / Kein Tagesordnungspunkt
- 7 Anträge und Anfragen von Ausschussmitgliedern
- 8 Zur Kenntnisnahme
- 8.1 Vorstellung der Flüchtlingsarbeit der städtischen Mitarbeiter Elena Liebenthal und Christian Klimkeit
- 8.2 Kinderärztliche Versorgung in der Stadt Varel
- 8.3 Zuschussantrag der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland
Vorlage: 084/2023

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Wittkowski eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Vor Beginn der Sitzung bittet sie um einen kurzen Moment des Gedenkens an die am 01.04.2023 verstorbene ehemalige Ratsfrau Dorothea Weikert.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzende Wittkowski stellt die Tagesordnung fest.

TOP 8.2 wird einvernehmlich vorgezogen.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien und Soziales vom 21.11.2022

Der öffentliche Teil des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien und Soziales vom 21.11.2022 wird einstimmig genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde gibt es keine Wortmeldungen.

5 Anträge an den Rat der Stadt

5.1 Einrichtung einer Kindergartengruppe zum 01.08.2023 in der Kita Langendamm, Herrenkampsweg 22 a, 26316 Varel als Übergangslösung Vorlage: 086/2023

Zum 01.08.2023 sind im Bereich der Stadt Varel in den Kindertagesstätten keine ausreichenden Kindergartenplätze mehr vorhanden. Auch die Verweisung auf die Kindertagespflege ist nicht mehr möglich, da es auch dort keine Möglichkeiten der Betreuung mehr gibt. Es besteht jedoch der Bedarf an weiteren Kindergartenplätzen ab dem 01.08.2023 bzw. der Folgemonate. Um den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu erfüllen, schlägt die Verwaltung die Einrichtung einer Kindergartengruppe neben der bereits zum 01.03.2023 eingerichteten Krippengruppe in der Kita Langendamm vor. Auch die Kindergartengruppe an diesem Standort stellt eine Übergangslösung dar. Die Nutzung der Räumlichkeiten ist voraussichtlich bis zum 01.08.2024 als Übergangslösung vorgesehen, bis die Diakonische Kita Zum guten Hirten aus der Übergangslösung in der Kita Meischenstraße in die eigenen Räumlichkeiten der sanierten Kindertagesstätte zurückziehen kann. Diese Kindergartengruppe aus der Übergangslösung soll dann in die Kita Meischenstraße eingegliedert werden. Die Räumlichkeiten sind bereits hergestellt worden. Es muss nur noch bei den Sanitäreinrichtungen für die Kindergartengruppe nachgebessert werden. Die entsprechende Ausstattung und das Fachpersonal sind bereits vorhanden. Hinzu kann durch die Einrichtung dieser Kindergartengruppe eine vorhandene Nachmittagsgruppe in der Kita Peterstraße aufgelöst werden, da es für diese Gruppe keine Anmeldungen mehr gibt.

Das Regionale Landesamt für Schule und Bildung in Hannover hat bereits vorab die Genehmigung erteilt.

Die Inbetriebnahme der Kindergartengruppe als Übergangslösung ist für den 01.08.2023 geplant.

Ratsfrau Dr. Engstler fragt nach, ob die Entfernung für die Kindergartenkinder aus Langendamm zur Meischenstraße in Varel dann nicht zu groß wird.

Die Verwaltung erklärt, dass die bereits vorliegenden Anmeldungen aus dem gesamten Stadtgebiet Varel kommen.

Ratsherr Dr. Meßner findet die Gruppenräume in der Kita Langendamm insgesamt sehr gelungen.

Ratsfrau Kück fragt an, ob nach Einrichtung der Krippen- und Kindergartengruppe in Langendamm alle Kinder in Varel versorgt sind.

Die Verwaltung erklärt hierzu, dass eine Liste mit unversorgten Kindern in Bearbeitung ist. Hierauf befinden sich jedoch viele sogenannte „Flexi-Kinder“, wo voraussichtlich im Juni 2023 erst entschieden wird, ob diese zur Schule kommen oder im Kindergarten verbleiben. Jedoch sieht es nach derzeitigem Stand danach aus, dass mit Einrichtung der neuen Übergangslösung in Langendamm allen Eltern ein Angebot für die Betreuung Ihrer Kinder unterbreitet werden kann.

Beschluss:

Die Stadt Varel richtet zum 01.08.2023 eine Kindergartengruppe in der Kita Langendamm, Herrenkampsweg 22 a, 26316 Varel, als Übergangslösung ein. Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich genehmigter Haushaltsmittel.

Einstimmiger Beschluss

6 Stellungnahmen für den Bürgermeister / Kein Tagesordnungspunkt

7 Anträge und Anfragen von Ausschussmitgliedern

Keine Anträge und Anfragen.

8 Zur Kenntnisnahme

8.1 Vorstellung der Flüchtlingsarbeit der städtischen Mitarbeiter Elena Liebenthal und Christian Klimkeit

Die Verwaltung führt aus, dass am 05.03.2022 die ersten Ukrainer in Varel aufgenommen wurden. In der Zeit vom 05.03.2022 bis zum 31.03.2023 hat die Stadt Varel insgesamt 481 Flüchtlinge aufgenommen. Davon waren 385 Ukrainer und 96 aus anderen Ländern. Insgesamt werden derzeit durch die Stadt Varel über 700 Flüchtlinge betreut. Um die Arbeiten bewältigen zu können wurden im Laufe des Jahres 2022 zwei zusätzliche Mitarbeiter, Frau Liebenthal und Herr Klimkeit, eingestellt. Seit Anfang März 2023 sind hinzu Flüchtlinge aus 12 verschiedenen Ländern in der Notunterkunft im ehemaligen Edeka Markt in Obenstrohe untergebracht, weil kaum noch Wohnungen zur Verfügung stehen bzw. angeboten werden. In der Flüchtlingsunterkunft in Obenstrohe wird ein Sicherheitsdienst beschäftigt. Insgesamt verläuft es dort sehr ruhig. Die Flüchtlinge sind bereit, sich schnellstmöglich zu integrieren. Ende April 2023 soll die neue Quote der aufzunehmenden Menschen im Landkreis Friesland bekanntgegeben werden.

Die städtischen Mitarbeiter Elena Liebenthal und Christian Klimkeit stellen Ihre Tätigkeiten im Rahmen der Flüchtlingsarbeit vor. Ausschussvorsitzende Wittkowski bedankt sich im Namen des Ausschusses für die geleistete Arbeit des gesamten Teams. Ratsfrau Kück merkt an, dass die hier aufgenommenen Flüchtlinge sich gut integrieren. Beim Hospizlauf im vergangenen Jahr konnte sie bereits einige Menschen kennenlernen und auch in den Genuss des ukrainischen Chors kommen. Zudem war die gemeinsame Besichtigung der Flüchtlingsunterkunft in Obenstrohe mit den angrenzenden Nachbarn eine gelungene Veranstaltung. Es ist wichtig, die Vareler Bevölkerung vorab ausreichend zu informieren. Ratsfrau Dr. Engstler fragt nach dem Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen. Frau Liebenthal erklärt, dass die Menschen, die im März 2022 nach Deutschland kamen, aus Angst vor dem Krieg geflüchtet sind, jedoch das Ausmaß der Zerstörung noch nicht gesehen haben. Diese Menschen seien weniger traumatisiert als jene Flüchtlinge, die später gekommen sind. Unter den ukrainischen Flüchtlingen in Varel befinden sich zwei Psychologen und drei andere Ärzte. Die Menschen helfen sich gegenseitig. Weiter fragt Frau Dr. Engstler nach der Vernetzung der Ukrainer untereinander. Frau Liebenthal erläutert, dass die Ukrainer sehr gut vernetzt sind. Sie führen ihr Studium oder ihren Arbeitsplatz in der Ukraine teilweise online weiter und halten auch online Kontakt zu den Angehörigen im Heimatland.

8.2 Kinderärztliche Versorgung in der Stadt Varel

Herr Dr. Rupert Dernick aus Varel stellt die kinderärztliche Versorgung anhand einer Präsentation vor. Diese wird dem Protokoll beigelegt.

In einem Acht-Stufen-Plan stellt Herr Dr. Dernick Möglichkeiten dar, den Standort Varel für potentielle Kinderärzte und deren Familien attraktiv zu gestalten und für Varel zu werben.

Es fehlen zwei Kinderärzte in Varel. Er schlägt als Aufschlag ein Werbeplakat im Urlaubsort Dangast vor.

Ratsherr Dr. Meßner fragt, ob es nicht bereits ein ähnliches Projekt zur Anwerbung von Kinderärzten in Wilhelmshaven gegeben hat.

Herr Dr. Dernick erklärt, dass es eine Homepage, www.kuestendoktor.de, hierzu gibt. Dort wirbt die JadeBay GmbH Entwicklungsgesellschaft für die Niederlassung von Kinder- und Jugendärzten in Wilhelmshaven. Es gab dort 5 Gespräche mit potentiellen Kandidaten, jedoch aus verschiedenen Gründen verliefen diese nicht erfolgreich.

Ratsfrau Busch fragt nach dem Auftrag und dem Ziel an die Kommunalpolitik der Stadt Varel.

Ratsfrau Kück begrüßt die Idee, ein Werbeplakat etwa in Dangast, anzubringen. Dangast ist ein Tourismusort und es muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass man sich hier auch ansiedeln und arbeiten kann.

Ausschussvorsitzende Wittkowski stellt noch einmal klar, dass die kinderärztliche Versorgung in Varel und Umgebung nicht ausreichend ist und auch die Wirtschaftsförderung der Stadt Varel mit einbezogen werden muss.

Bürgermeister Wagner fragt daraufhin Herrn Dr. Dernick nach seinen Beweggründen, seine Praxis nach Varel zu verlegen.

Herr Dr. Dernick hat bei seiner Entscheidung die Lage, die gute Infrastruktur sowie das vorhandene Netzwerk aus Jugendamt, Familienkinderservicebüro, u.a. einbezogen.

Herr Dr. Dernick erklärt hinzu, dass eine weitere Möglichkeit, den Versorgungsengpass durch fehlende Kinderärzte in Varel zu bekämpfen, darin bestehen kann, wenn ein Sozialpädiatrisches Kinderzentrum (SPZ) in oder nahe Friesland eingerichtet wird. Ein solches Zentrum würde auch die Arztpraxen der vorhandenen Kinderärzte entlasten.

Ratsherr Funke fragt, ob für die Stadt Varel überhaupt für ein sozialpädiatrisches Zentrum (SPZ) in Frage kommen könnte.

Herr Dr. Dernick erklärt, dass für die Einrichtung eines SPZ eine Einwohnerzahl von 200.000 – 300.000 Einwohner nötig sind.

Ratsherr Funke schlägt vor, für die Gründung eines solchen SPZ die Regionen Wittmund, Friesland, Wilhelmshaven und Wesermarsch zusammenzuziehen.

Ratsfrau Busch schlägt abschließend vor, zu diesem Thema Vertreter der Ärztekammer, Krankenkassen und der KVN einzuladen und deren Meinungen dazu anzuhören.

Herr Dr. Dernick wünscht sich abschließend für interessierte Ärzte einen Ansprechpartner bei der Stadt Varel, der bei Anfragen zur eignen Kinderversorgung, bei der Wohnungssuche, bei der Suche nach Praxisräumen und anderes behilflich sein kann.

Aus dem Ausschuss heraus besteht Einigkeit. Danach soll die Verwaltung der Stadt Varel vor dem Hintergrund der Ausführungen von Herrn Dr. Dernick Maßnahmen entwickeln, die geeignet sind, die Ziele zu erreichen. Hinzu ist ein Ansprechpartner für interessierte Bewerber zu benennen.

8.3 Zuschussantrag der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland Vorlage: 084/2023

Die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland beantragt mit Schreiben vom 28.12.2022 einen Zuschuss für das Jahr 2023 in Höhe von 900,00 €.

Die Stadt Varel hat über entsprechende Anträge der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland in der Vergangenheit wie folgt entschieden:

- | | |
|------------|----------------------|
| • für 2018 | Bewilligung 500,00 € |
| • für 2019 | Bewilligung 500,00 € |
| • für 2020 | Bewilligung 500,00 € |
| • für 2021 | Bewilligung 900,00 € |
| • für 2022 | Bewilligung 900,00 € |

In den vergangenen zwei Jahren war der Beratungsbedarf aufgrund der Corona-Krise deutlich gestiegen, so dass ein erhöhter Zuschussbedarf bestand. Durch die stark gestiegenen Unterhaltungs- und Wohnkosten im Jahr 2022 sind Ratsuchende oftmals nicht mehr in der Lage, ohne staatliche Unterstützung sich selbst oder ihre Familien zu versorgen. Der Beratungsbedarf stellt sich weiterhin erhöht dar.

Die Verwaltung schlägt vor, der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland für das Jahr 2023 einen Zuschuss in Höhe von 900,00 € zu gewähren.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Hollwege fragt, wie sich die Anteile der Kommunen errechnen und warum sich die Stadt Wilhelmshaven nicht an der finanziellen Unterstützung beteiligt. Es handelt sich um eine gemeinsame Initiative aus Wilhelmshaven und Friesland. Weiter stellt er fest, dass das Beratungsangebot in Wilhelmshaven, schon allein im Hinblick auf die dortige Arbeitslosenquote, mehr in Anspruch genommen werden müsste als in Friesland. Die Verwaltung erklärt, dass die Kommunen Zuschüsse in der Höhe zahlen, wie es in den jeweiligen Gremien beschlossen wird. Die Stadt Wilhelmshaven unterstützt die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland schon seit Jahren nicht mehr. Hinzu werden der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland Räumlichkeiten durch die Stadt Varel unentgeltlich im I-Café in der Schloßstr. 2 in Varel zur Verfügung gestellt.

Ratsfrau Dr. Engstler wünscht sich eine Rückmeldung, inwiefern und in welchem Umfang die Beratungen wahrgenommen werden.

Die Verwaltung merkt hierzu an, dass darüber keine Kenntnis besteht. Hat ein Bürger Probleme mit dem Jobcenter oder anderen behördlichen Einrichtungen, spricht dieser oft zur Hilfe im Rathaus der Stadt Varel vor.

Ratsherr Kruse gibt weiter zu Bedenken, dass das Jobcenter Friesland nach Zielvorgaben arbeitet und bei der Zielerfüllung derzeit im vorderen Drittel ist. Seiner Meinung nach sollten dort nicht noch zusätzlich Zuschüsse gezahlt werden.

Ratsherr Dr. Meßner ist der Meinung, dass eine Beurteilung, ob die Beratungsstelle gute Arbeit leistet oder nicht, nicht möglich ist. Man sollte den Mitarbeiter der Beratungsstelle einladen, um hier im Ausschuss sein Konzept vorzustellen.

Ratsfrau Busch stellt klar, dass die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland sehr gute Arbeit leistet und dieses Beratungsangebot weiterhin zu unterstützen ist.

Ratsherr Funke wünscht sich zusätzliche Informationen zur Annahme der Beratungsangebote. Die Arbeitsloseninitiative sei seinerzeit gegründet worden, als

die Arbeitslosenquote ihren Höchststand hatte. Diese Zeiten sind seit langem vorüber. Weiter soll die Stadt Wilhelmshaven gebeten werden, zu erklären, warum diese sich nicht an der finanziellen Unterstützung beteiligt.

Bürgermeister Wagner merkt an, dass es diese Grundsatzdiskussion bereits vor 20 Jahren gab. Es wurde seinerzeit ein Beschluss gefasst, dass die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 500,- € erhält. Damals wurde der Vereinsvorsitzende eingeladen, um sein Konzept vorzustellen. Es wurde mehrheitlich beschlossen, dass die Beratungsangebote der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland für die Bürger der Stadt Varel gut und wichtig sind.

Ratsherr Helms sowie auch die Ratsfrauen Kück und Dr. Engstler wünschen sich dennoch mehr Informationen über die Annahme der Beratungsangebote.

Ratsherr Dr. Meßner ist der Meinung, dass die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland schon dann gute Arbeit leistet, wenn diese einen Arbeitslosen im Jahr in Arbeit bringt.

Ausschussvorsitzender Wittkowski wünscht sich ebenfalls Informationen von der Stadt Wilhelmshaven, warum diese sich finanziell nicht beteiligt.

Ratsherr Funke merkt an, dass der Antrag der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland sehr umfangreich ist und man diesem bereits das Beratungskonzept sowie die Begründung für die notwendigen Zuschüsse entnehmen kann.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Hollwege stellt klar, dass es ihm nicht um die Notwendigkeit der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland geht. Er stelle sich vielmehr die Frage, warum die Stadt Wilhelmshaven keine finanzielle Unterstützung leistet.

Die Verwaltung führt aus, dass sowohl die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland als auch Herr Bruns vom Jobcenter Friesland am 29.10.2018 in diesem Ausschuss vorstellig waren. Es wurde ein Beschluss mit dauerhafter Wirkung gefasst. Danach wird ein jährlicher Zuschuss von 500,- € an die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland gezahlt. Heute geht es um die Frage, ob noch einmal ein erhöhter Zuschuss gezahlt werden soll.

Ausschussvorsitzende Wittkowski schlägt aufgrund der Uneinigkeit im Ausschuss vor, den Antrag der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland in die Fraktionen zur Beratung zugeben und in einer der nächsten Sitzungen darüber zu entscheiden. Hinzu ist die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland einzuladen, um die derzeitige Beratungssituation darzustellen. Weiterhin ist bis dahin zu klären, warum die Stadt Wilhelmshaven keine Zuschüsse zahlt.

Zur Beglaubigung:

gez. Gesche Wittkowski
(Vorsitzende)

gez. Diana Zimmering
(Protokollführerin)